

Frauenvolksbegehren 2.0: *O Herr, lass ´ Hirn regnen!*

Da das wunderschöne Land am Strome derzeit mit keinerlei nennenswerten Problemen zu kämpfen hat, sondern, wie es sich für eine Insel der Seligen eben gehört, gemütlich vor sich hin prosperiert, hält es eine Gruppe engagierter Menschen überwiegend (mutmaßlich) weiblichen Geschlechts für angezeigt, für ein wenig innenpolitische Bewegung zu sorgen. Um deren dringendem Bedürfnis abzuwehren, folgt nun - nach der erfolgreichen Erstauflage anno 1997 - ein zweites *Frauenvolksbegehren*.

Wirtschaftliche Anliegen stehen im Mittelpunkt der an die Bundesregierung gerichteten Forderungen. Bezahlen soll all die wunderbaren Dinge indes – wie könnte es anders sein – der reaktionäre Klassenfeind, vulgo: die männerdominierte, unternehmerisch tätige Ausbeuterklasse. Ein kleiner Auszug aus dem feministischen Wunsch-dir-was-Programm:

- ▶ 50% Frauenquote *auf allen Ebenen*
- ▶ 1.750,- Euro Mindestlohn für alle Branchen
- ▶ 30-Stunden-Woche – bei vollem Lohnausgleich
- ▶ Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung

Dass die wackeren VolksbegehrerInnen mit ihrem Ansinnen von „50% Frauenquote auf allen Ebenen“ auch an Kanalräumer, Straßenpflasterer und Wehrpflichtige gedacht haben könnten, ist eher nicht anzunehmen. Wie immer geht es den vorgeblich nach „Gerechtigkeit“ lechzenden EgalitaristInnen nämlich ums Rosinenpicken. Sie haben es auf wirtschaftliche *Führungspositionen* abgesehen, die hohe Einkommen versprechen.

Nun ist es aber kein Zufall, dass ausgerechnet in jenen Branchen, in denen hohe Gehälter winken (wie im Fahrzeug- Anlagen- und Maschinenbau oder in der Finanzindustrie), nur relativ wenige Frauen in Spitzenpositionen tätig sind. Das hat übrigens gar nichts mit einer Verschwörung unbelehrbarer Machos zu tun, sondern hängt hauptsächlich damit zusammen, dass Frauen sich, sofern es sie zum Erwerb akademischer Weihen drängt, bevorzugt für solche Studienrichtungen (wie Sprachen, Psychologie, Lehramt, Politikwissenschaften oder irgendetwas anderes „*Soziales*“) entscheiden, deren Absolventen sich gemeinhin durch größtmögliche Unbrauchbarkeit für die Privatwirtschaft auszeichnen. In vielen Branchen gibt es daher kaum einschlägig ausgebildete Frauen – zumindest nicht in ausreichender Zahl. Wer unter diesen Voraussetzungen eine gesetzlich oktroyierte Frauenquote – und zwar, um die Anmaßung auf die Spitze zu treiben, auch *für private Betriebe* fordert, verlangt schlicht Unmögliches oder legt es auf die mutwillige Zerstörung oder Vertreibung der Betriebe ins Ausland an. Denn die wären unter den im Volksbegehren geforderten Umständen ja genötigt, inkompetente Strohfrauen zusätzlich zu den Männern zu bezahlen, die wirklich die Arbeit erledigen.

Über die utopische Mindestlohnforderung braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Löhne bilden sich nun einmal, zumindest außerhalb totalitärer, planwirtschaftlich verfasster Höllenlöcher, nicht per Ukas, sondern als Ergebnis von Marktprozessen. Schönheitschirurgen verdienen nun einmal mehr als Kosmetikerinnen - und zwar aus ganz plausiblen Gründen. Wer das gewaltsam ändern möchte, könnte sich als nächstes auch an der Aufhebung der Schwerkraft versuchen.

Ähnliches gilt für die geforderte 30-Stunden-Woche. Einen Kuchen in mehr Teile zu zersäbeln, bedeutet, kleinere Stücke verteilen zu müssen. Wer das bestreitet, und – bei gegebener Kuchengröße – weiteren Essern unverändert große Portionen zusichert wie zuvor, hat im Mathematikunterricht offensichtlich entscheidende Lektionen verpasst und/oder vom Funktionieren einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft nicht den leisesten Schimmer.

„*Kostenlose Kinderbetreuung*“ klingt auch richtig putzig. Sicher arbeiten die beamteten Dompteure in den staatlichen Nachwuchsaufbewerungsanstalten für Gotteslohn, und die Errichtung sowie der Betrieb der erforderlichen Baulichkeiten kost´ schließlich gar nix. Alles klar?

Fazit: Eine derart geballte Ladung wirtschaftlichen Unverständs, ist selbst in Papieren von „Attac“, der „Armutskonferenz“ oder der Beamten Gewerkschaft nicht auf Anhieb zu finden. Wir werden sehen, wie viele Wahlberechtigte tatsächlich dafür stimmen, das Wasser künftig bergauf fließen zu lassen.

a.toegel@atomed.at